

Die „Zeitung“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Verlagsstellen Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Mittelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litwens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 64.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Inserentensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inserentensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,70 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wer-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

ZEITUNG

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Rückberufung der amerikanischen Truppen

Vorbehalte zum deutsch-amerikanischen Friedensvertrag

EE. London, 26. September.

Ueber die Beratungen zum deutsch-amerikanischen Friedensvertrage im Senat berichtet der Washingtoner „Times“-Korrespondent, daß wahrscheinlich zwei Vorbehalte angenommen werden würden. Der erste bestimmt, daß die Forderungen der amerikanischen Staatsbürger durch die Reparationszahlungen gedeckt werden, der zweite Vorbehalt fordert, daß die Vereinigten Staaten niemals in einer Kommission oder Organisation vertreten sein sollen, die durch die Bestimmungen des Friedensvertrages gefördert wird, ohne daß diese Vertretung oder Teilnahme durch einen Kongreßbeschluss angeordnet worden wäre. Die „Times“ erklärt, daß die Annahme dieser beiden Vorbehalte einen vollkommenen Sieg des Senats in dem Kampfe bedeute, der zwischen dem Senat und der Exekutivgewalt an dem Tage ausbrach, an dem Wilson den Friedensvertrag nach Amerika brachte. Der zweite Vorbehalt legt ferner das Prinzip fest, daß der Präsident keine Verhandlungen führen dürfe, ohne vorher dem Kongreß davon berichtet zu haben. Man muß aber hervorheben, daß die Annahme dieser beiden Vorbehalte keinerlei Wirkung auf die Vertretung Amerikas im Obersten Rat oder in der Botschafterkonferenz haben werden, da ja diese beiden Organisationen nicht durch den Friedensvertrag geschaffen worden sind. Was die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein anbelangt, so erklärt der „Times“-Korrespondent, daß diese nicht sofort, sondern mit Rücksicht auf die Alliierten, durch eine allmähliche Herabsetzung des Bestandes erfolgen werde, bis das Minimum dessen erreicht ist, das mit der Würde der Vereinigten Staaten in Einklang zu bringen ist.

Im Gegensatz zu dieser Meldung der „Times“ steht die der „Chicago Tribune“, die sich dabei auf die Ausführungen stützt, die Senator Lodge vor Beginn der Friedensdebatte im Senat machte. Senator Lodge führte aus, daß der Friedensvertrag mit Deutschland Amerika nicht verpflichte, seine Truppen am Rhein zu belassen. Dies war vielmehr eine moralische Pflicht, die aber moralisch nicht mehr bestche, da weder Italien noch Japan Truppen am Rhein stehen haben. Obwohl der Zeitpunkt der Rückberufung der amerikanischen Truppen noch nicht feststeht, kann doch schon versichert werden, daß sie auf einmal vorgenommen wird. Eine große Verminderung der Zahl der amerikanischen Besatzungstruppen soll sofort vorgenommen werden. Die Truppen werden, sobald genügend Transportmittel zur Verfügung stehen, heimbeordert werden.

Ueber die Debatte, die im Senat über den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag eröffnet wurde, berichtet das Blatt, daß sich 15 oder 18 Senatoren an die Seite des Senators Borahs stellten; sie alle sind entschlossen, den Friedensvertrag zu bekämpfen. Sie werden in dieser Woche eine Bessprechung abhalten, um sich über ihr weiteres Vorgehen schlüssig zu werden. Jedenfalls sollen Vorbehalte in die Bedingungen des Friedensvertrages aufgenommen werden, durch die die Rechte der amerikanischen Staatsbürger im Vertrage noch stärker betont werden. Wie Senator Borah dies ausspricht, geht aus einer Unterredung hervor, die er einem Vertreter der United Press gewährte und worin er erklärte, daß er den Kampf unter das Volk tragen würde, falls er im Senat nicht erfolgreich sei. Was den Völkervertrag anbelangt, will Amerika nur seine Rechte und Vorteile aus dem Friedensvertrag gewahrt wissen, ohne sich in europäische Angelegenheiten hineinzuwischen.

Das unsichtbare Heer

EE. London, 26. September.

Die „Times“ veröffentlicht heute einen Artikel unter der Überschrift: „Neue deutsche Armee“, worin vor den angeblichen Nachschaffungen Deutschlands, sich den Verpflichtungen des Friedensvertrages bezüglich der Verminderung seiner Heeresstärke entziehen zu wollen, gewarnt wird. In diesem Artikel wird folgendes ausgeführt:

Das Problem der deutschen Armee ist von größter Bedeutung, nicht nur, weil man davon geistreich hat, die internationalen Kontrollkommissionen aus Deutschland abzuberufen, sondern auch, weil die Frage der Rüstungsbeschränkungen als erster Punkt auf der Tagesordnung der Washingtoner Konferenz steht. Gemäß den Bestimmungen des Versailleser Vertrages soll Deutschland ein Heer von nur 100 000 Mann haben. In Wirklichkeit aber besitzt die deutsche Regierung Waffen, Bekleidung, Cadres, Depots und Material für 800 000 Mann. Außerdem hat die deutsche Regierung eine Verschleierung des Budgets vorgenommen, indem sie die Ausgaben für Demobilisierung, Pensionen, Artillerie, Bekleidung und Militärhospitäler vom Militärbudget auf das Zivilbudget überwälzte und so eine wirksame Kontrolle durch die internationalen Überwachungskommissionen unmöglich machte. Diese Kontrollkommissionen hätten gute Arbeit geleistet, schreibt das Blatt, und man müsse daher verlangen, daß sie mit Unterstützung der alliierten Regierungen noch zwei bis drei Jahre fortbestehen, bis das deutsche Militärsystem endlich seinen Angriffscharakter verloren hat und nur noch demokratischer Natur ist.

Was die Waffenporträte anbelangt, die sich noch in deutschem Besitz befinden, so gibt die „Times“ zu, daß Deutschland einen beträchtlichen Teil seiner Geschütze, Gewehre, Maschinengewehre und Munition zerstört habe, doch infolge von Verschwen-

zung, Zerstörung und anderen Gründen sei auch auf alliierter Seite eine Verminderung des Rüstungsmaterials eingetreten. Dank seiner mechanischen Hilfsquellen, seines technischen Personals und seiner unvergleichlichen Mittel zur Herstellung giftiger Gase könne Deutschland leicht seine Handelserzeugnisse in Kriegserzeugnisse umwandeln. Die zahlreichen, von der deutschen Regierung erhobenen Forderungen, Deutschland seine Arsenale zu lassen, beweisen nur, daß Deutschland eine große Menge von Munition herzustellen wünscht, die den Bedarf eines Hunderttausendmannheeres weit übersteigert.

Tatsache ist es auch, daß die deutsche Regierung die Listen der mobilisierungsfähigen Männer bis zum Jahre 1920 nicht hat vernichten lassen; sie behauptet vielmehr, dieser Listen für den Pensionsdienst zu bedürfen. Die Pensionsbüros sind also nichts anderes als Rekrutierungsbüros, die ihren Namen geändert haben. Die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere sei im Verhältnis zu der der gemeinen Soldaten zu groß, und wenn Deutschland die zur Aufrechterhaltung dieser Formationen notwendigen beträchtlichen Summen aufnehme, so verfolge es damit einen bestimmten Zweck. Was die Sicherheitspolizei anbelangt, erklärt das Blatt, so sei diese eine Reservearmee, die der aktiven gleichkomme. Eine solche Polizei bestche in 18 Bundesstaaten, und die deutsche Regierung beabsichtige, sie zu einer großen bewaffneten Organisation zu vereinigen, die wie eine moderne Truppe ausgestattet sein sollte.

Der Tiefstand des englischen Handels

Die Folgen der deutschen Schmutzlöhne

EE. London, 26. September.

„Daily Mail“ veröffentlicht heute zwei Artikel, von denen einer die Gründe des Tiefstandes des englischen und den Aufschwung des deutschen Handels nachzuweisen versucht. Der Leicester Korrespondent des Blattes berichtet, daß der Tiefstand der ausländischen Valuten und die hohen Kohlenpreise namentlich dafür verantwortlich seien, daß der englische Handel seine Absatzmöglichkeiten vollkommen verloren hat. Der Kölner Sonderkorrespondent des Blattes berichtet von einem außerordentlichen Aufschwung des deutschen Handels, der sich in einem geradezu blühenden Zustand befindet. Trotz des Tiefstandes der Mark und der ständigen Arbeit der Notpresse sind die deutschen Fabriken mit auswärtigen Aufträgen überhäuft, während die Engländer nicht im Stande seien, auf den kontinentalen Märkten mit Deutschland zu konkurrieren und infolgedessen ihre Fabriken schließen müssen.

Der blühende Zustand der deutschen Wirtschaft bedeutet in Wirklichkeit nur eine Scheinblüte. Sie entwickelt sich auf dem Rücken der deutschen Arbeiter, deren Löhne sich im Vergleich zu denen, die in England und Amerika gezahlt werden, auf einem unglücklich tiefen Stande befinden. Nur infolge dieses Umstandes ist es den deutschen Unternehmern möglich, ihre Erzeugnisse in Massen auf den Weltmarkt zu werfen und dabei die Preise der valutastarken Länder zu unterbieten.

Der Aufstieg der USPD.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Dresden, 26. September.

Für die am 1. Oktober ins Leben tretende neue Stadt Freital im Plauenischen Grunde bei Dresden, gebildet aus den drei Gemeinden Teupen, Bohlen und Pöschappel, fanden am gestrigen Sonntag die Stadtverordnetenwahlen statt. Sie ergaben eine starke Mehrheit für die sozialistischen Parteien. Das ziffernmäßige Ergebnis stellt sich wie folgt: U. S. P. D. 3901 Stimmen (10 Sitze), S. P. D. 3950 Stimmen (11 Sitze), R. P. D. 1779 Stimmen (5 Sitze), Bürgerliche 3700 Stimmen (10 Sitze). Es stehen mithin 26 Sozialisten 10 Bürgerliche gegenüber.

Die Wahlen bedeuten einen außerordentlich erfreulichen Erfolg der sozialistischen Parteien über die Bürgerlichen; insbesondere hat unsere Partei einen großen Sieg errungen. So haben wir z. B. in Pöschappel gegenüber den Landtagswahlen im November v. J. 403 Stimmen gewonnen, während die Rechtssozialisten 300 Stimmen einbüßten. In Teupen tritt das Verhältnis noch deutlicher hervor; dort erhielten wir nahezu 700 Stimmen mehr, während die Rechtssozialisten reichlich 700 Stimmen verloren. Die Wahlen sind ein erfreulicher Aufschwung zu den kommenden Gemeinderatswahlen in Sachsen.

Auspeerrung in der chemischen Industrie. Die Höchster Farwerke und die Chemische Fabrik Griesheim sind auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie geschlossen und die Arbeiter und Arbeiterinnen ausgepeerrt worden. Die Veranlassung dazu sollen Erzeffe gegeben haben, die es angeblich unmöglich machten, die Betriebe weiterzuführen.

14 Millionen Dollars für das hungernde Europa. „Chicago Tribune“ meldet aus Chicago: 200 hervorragende Juden der Vereinigten Staaten haben beschlossen, für ein Hilfswerk zur Bekämpfung des Hungers in Europa 14 Millionen Dollars zu stiften und dabei mit dem amerikanischen Ernährungshilfswerk und der Gesellschaft der Freunde zusammenzuarbeiten.

Finanzielle Hilfe für die amerikanischen Getreidebauern. Das Finanzministerium hat den Farmern in dem Getreide bauenden Teil Amerikas 15 Millionen Dollars vorgeschossen, um die Verköstigung von Getreide nach Europa zu unterstützen.

Fingerzeige für die Mörderfuche

P. L. Das Attentat, dem Erzberger in Griesbach zum Opfer fiel, ist nicht das erste gewesen, das gegen ihn gerichtet war. Es sind vielmehr drei Nordversuche vorausgegangen, deren letzterer mit einer kurzen Gefängnisstrafe gegen Otzig von Hirschfeld geahndet worden ist. Vom Gefängnis wurde Hirschfeld auf Urlaub geschickt.

Die beiden früheren Nordversuche sind anscheinend überhaupt nicht gerichtlich verfolgt worden. Ueber das erste Attentat hat Gustav Koske in seinem Buche: „Von Kiel bis Rapp“ folgendes mitgeteilt:

„Am Sonntag, den 22. Juni 1919, als die Nationalversammlung in Weimar über Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen verhandelte, ritt rasant und schlant, wie aus Erz gegossen, auf dem Pferde sitzend, ein junger Offizier an der Spitze einer Reiterabteilung am (Weimarer) Schloß vorbei. Er machte sich offenbar ein Vergnügen daraus, seine gut aussehenden Reiter zu Pferde einem größeren Publikum vorzuführen. Abends sah ich in Gesellschaft im Hotel Erbprinz beim Essen, als mir gemeldet wurde, ein Offizier wüßte mich zu sprechen. Es war der Reiter vom Nachmittage. Er kam nicht zu einem bestimmten Zweck, sondern machte seinem geprehten Herzen über den Friedensvertrag Luft. Schließlich sprach er über den Minister Erzberger, wie er es in der deutschen nationalen Presse gelesen hatte. Meine Antwort war, es sei ganz unglücklich gedacht, daß ein einzelner Mann das Unglück unseres Landes verschuldet haben könne. Die Unterhaltung beendete ich mit dem Bemerkten, so schlecht es zur Zeit auch um das deutsche Volk bestellt sei, brauche man doch die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht aufzugeben.“

Es handelte sich bei dem Ritte nicht um ein „Offiziersvergnügen“, wie sich Koske ausdrückt, sondern um einen Ausfluß der Militärrivalität gegen die Beschlüsse der damaligen Regierung und der Nationalversammlung. Erzberger hat sie in seinem Buche: „Erlebnisse im Weltkrieg“ geschildert. Sonderbar ist jedenfalls, wie sich der Minister von dem ersten besten jungen Offizier zum Schüttelabladeploy von Vorwürfen machen ließ, die sich gegen seinen Ministerkollegen Erzberger richteten. Wichtiger ist indes noch, was Koske weiter berichtet:

„In der folgenden Nacht versuchte ein Offizier mit einigen Soldaten im Weimarer Schloß bis zu Erzberger vorzudringen, nachdem er vorher in verschiedenen Hotels nach dem Minister gefragt hatte. Da die Leute Stöße trugen, ist ein ernsthaftes Attentat wohl nicht geplant gewesen, sondern eine immerhin auf das Schörste zu verurteilende Belästigung. Erzberger konnte das Schloß unbehelligt verlassen. Als ich von der Affäre erfuhr, dachte ich sofort an meinen Besucher. Wer die Untersuchung wegen des geplanten Ueberrasches geführt hat, weiß ich nicht. Von einem Ergebnis hat man nichts erfahren.“

Da nach der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs die Militärgerichtsbarkeit von der damaligen Regierung für die Freireisenden eingeführt worden war, mußte gerade der Reichswehrminister Koske wissen, wer die Untersuchung zu führen hatte. Gerade von ihm durfte man Interesse an der Aufklärung des Attentats gegen Erzberger erwarten, da es ja Reichswehrangehörige gewesen waren. Er weiß aber nur, daß die Attentäter Stöße trugen. Wahrscheinlich hatten sie sich Kinderespazierstöcke gekauft und Spielzeug (Browningen oder Revolver genannt) in ihre Taschen gesteckt, um die Harmlosigkeit ihrer Absichten zu beweisen.

Erzberger floh damals vor der Reichswehr nach Berlin, wo indes schon am folgenden Tage Reichswehrangehörige versuchten, ihn in seinem Arbeitszimmer im Finanzministerium durch Gewehrschüsse und im Schlafzimmer durch Handgranaten zu töten. Koske berichtet darüber weiter:

„Nach Wochen sah ich in der Nationalversammlung den jungen Offizier wieder. Als ich ihm auf den Kopf zusagte, da her bei dem mißglückten (ersten) Angriff auf Erzberger beteiligt gewesen sei, meinte er, er wisse davon nichts, aber ein Denkwort hätte dem Minister wohl nichts schaden können. Da die Wäre ohne besonderen Schaden abgegangen war und schon eine Weile zurücklag, mochte ich nicht großes Aufsehen machen und ließ den Mann gehen.“

Man sieht, daß Koske, der — wenn es sich um politische Vergehen von Arbeitern handelte — aus jeder Mücke einen Elefanten machte und Militär mobilisierte, auch einmal schweigen konnte. Es waren gute Zeiten für Mörder!

Die aktuelle Bedeutung der Koskeschen Bekundungen über jenen Nordversuch, dessen Strafverfolgung noch nicht vorjährt ist, liegt darin, daß sie die Möglichkeiten bieten, der monarchistischen Mörderzentrale von einer anderen Seite nachzuspüren. Nun kann der bairische Staatsanwalt, der die Untersuchung wegen des Griesbacher Mordes an Erzberger betreibt, hier mehr Interesse zeigen als seinerzeit der Militärrichter!

Die bairische Gerichtskommission, die in München die Untersuchung gegen die Erzbergermörder führte, deckte dabei auch die Fäden auf, die zu den politischen Geheimbänden und zu den bayerischen Mörderorganisationen führten. Nun ist vor wenigen Tagen die Untersuchung gegen diese Geheimbände einem Münchner Staatsanwalt übertragen worden. Man wählte sich dazu Herrn Staatsanwalt Kull aus, denselben Herrn, der im Jahre 1919 den sogenannten „Geißelmordprozess“ leitete, in welchem

Todes- und hohe Gefängnis- und Zuchthausstrafen ausgesprochen wurden.

Der gleiche Staatsanwalt Kull, der gegen die Mörderorganisationen jetzt die Unterjuchung zu führen hat, lehnte vor kurzem ein Strafverfahren wegen Aufforderung zum Mord ab. Es handelt sich hier um das „Bayerische Vaterland“, das in seiner Nummer 172 zu den Eisenerischen Attentatverhandlungen schrieb:

„Einer ist tot, aber der Jude Fechenbach läuft noch irgendwo auf seinen Klattfüßen in der Welt herum... für den Juden Fechenbach ist in ganz Deutschland kein Galgen hoch genug, um diese Schurkentat zu fuhnen.“

Daraufhin wurde Strafanzzeige wegen Aufforderung zum Mord und wegen Aufreizung erstattet. Auf diese Anzeige hat nun die Staatsanwaltschaft geantwortet und erklärt, es liege keine Aufforderung zum Mord vor. Auch von Aufreizung könne nicht gesprochen werden, weil ja nur zwei einzelne Personen wegen „hochverräterischen Verhaltens“ gebrandmarkt wurden, nicht aber eine Bevölkerungsklasse, etwa die der Juden gegen die der Christen ausgespielt werden sollte. Außerdem fehle auch der Begriff „Gewalttätigkeiten“. Das Schreiben des Staatsanwalts schließt dann mit folgender Bemerkung: „Wenn im übrigen in dem Artikel ein Vergehen der Beleidigung erblickt werden will, so werden Sie zur Verfolgung Ihrer Rechte nach dieser Richtung auf den Privatklageweg verwiesen.“

Dieses kläffische Schreiben ist unterzeichnet vom Staatsanwalt Kull, dem gleichen Staatsanwalt, der die Unterjuchung gegen die Münchener Mörderorganisationen führt. Man kann sich ohne Schwierigkeit jetzt schon vorstellen, was bei dieser Unterjuchung herauskommt, wenn sie ein Staatsanwalt führt, der ein Verfahren einstellt, bei dem es sich zweifelsfrei um eine Aufforderung zum Mord handelt.

Der Anschluß an Stinnes

Die „Nationalliberalisierung“ der Sozialdemokratie

In der demokratischen Presse werden die Rechtssozialisten mit väterlichem Wohlwollen ermahnt, nicht bei ihrem platonischen Liebesbekenntnis für Stinnes zu verharren, sondern eiligt die weiteren Konsequenzen daraus zu ziehen. Georg Bernhard macht in der „Vossischen Zeitung“ immerhin noch einige Vorbehalte, und er wünscht, daß die Deutsche Volkspartei sich von ihren deutschnationalen Elementen losmache. Im übrigen aber sei das Mißtrauen gegen die Deutsche Volkspartei unberechtigt; besonders seien die Befürchtungen, die man an ihren Eintritt in die Regierung namentlich in feuerpolitischer Hinsicht geknüpft habe, nach den sehr interessanten Steuerberatungen der Partei in Heidelberg nicht mehr gerechtfertigt. Im „Berliner Tageblatt“ macht Senator Dr. P. Jensen, der Vorsitzende der Demokratischen Partei, aber selbst solche Vorbehalte nicht mehr. Er verlangt, daß ganze Arbeit gemacht werden müsse und daß die „Arbeitsgemeinschaft“ des Wiederaufbaues, also der Anschluß an Stinnes, sich nicht auf das Reich und Preußen beschränke, sondern daß diese „Arbeitsgemeinschaft“ für die Länder und die Gemeinden zum Grundgesetz erhoben werden müßte. Die Erfüllung dieser Forderung würde also für die Rechtssozialisten bedeuten, daß sie in Sachsen die Verbindung mit den übrigen Arbeiterschaft aufgeben und daß sie in Thüringen keine neue Verbindung mit den anderen Parteien des Proletariats eingehen dürften. In den Kommunen, wie besonders jetzt in Groß-Berlin, wäre dann der Bürgerblock noch vollständiger, als er selbst von den bürgerlichen Parteien erhofft werden konnte; die Rechtssozialisten wären völlig in die Gewalt der Bourgeoisie gegeben, sie hätten nur das noch auszuführen, was von den Stinnesleuten angeordnet wird.

In der „West am Montag“ nennt Herr v. Gerlach das Kind beim richtigen Namen: „Der Görlicher Beschluß bedeutet die Nationalliberalisierung der Sozialdemokratie.“ Gerlach weist darauf hin, daß Optimisten gehofft hätten, der Görlicher Parteitag würde die Fortsetzung des 31. August darstellen, die Zusammenarbeit mit den Unabhängigen festlegen und so die Verschmelzung vorbereiten. Das Gegenteil sei eingetreten, die Koalition mit rechts schließe natürlich jede Kooperation mit links aus. Im Auslande werde der Görlicher Beschluß den Eindruck hervorrufen, daß die Partei

Scheidemann Anschluß an Stinnes sche, mit demselben Stinnes, der seine ersten drei Dampfer provozierend Hindenburg, Ludendorff und Tirpitz nannte. Die Deutsche Volkspartei zähle sehr idealistische Mitglieder, die an maßgebender Stelle viel weniger bedenklich seien wie Südekum, Heine und Koste. Aber es komme nicht darauf an, wer in einer Partei ist, sondern darauf, wer sie beherrscht. Und für die Deutsche Volkspartei gelte das Wort: Stinnes ist groß, und Stresemann ist sein Prophet. Götlich sei der erste Nagel zum Sarge Birthis, der von der Schwerindustrie tödlich gehaßt werde.

In der westdeutschen Zentrums- und Sozialdemokratischen Presse rühmt Breddemann von den Christlichen Gewerkschaften die Politik des preußischen Ministerpräsidenten Siegerwald, dessen Haltung jetzt glänzend gerechtfertigt sei. Denn im Grunde habe Siegerwald nichts anderes gewollt als das, was in den letzten Tagen gereift sei und jetzt Wirklichkeit werden wolle. Dem Volksgedanken, den er in seiner programmatischen Rede auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften so klar gezeichnet hat, sei er dabei keinen Augenblick untreu geworden. Zum Schluß meint Breddemann, daß durch die Entwicklung das Vertrauen der hinter Siegerwald stehenden Millionenbewegung einen neuen starken Antriebs erhalten werde.

Das vorläufige Ergebnis des Görlicher Beschlusses der rechtssozialistischen Partei ist also, daß die reaktionären Kräfte eine wesentliche Verstärkung auf Kosten der Arbeiterschaft erfahren haben. Die Bourgeoisie darf mit Vertrauen in die nächste Zukunft blicken; mit um so größerem Mißtrauen werden aber jetzt die Arbeiter die Politik der rechtssozialistischen Partei behandeln. Wenn ihre Führer mit Stinnes gehen wollen, so soll man sie nicht daran hindern; wir hegen aber die Hoffnung, daß die bisher hinter ihnen stehenden Arbeiter ihnen auf diesem Wege nicht folgen werden.

Die Verbreiterung der Koalition

Beim Reichsanwalt findet heute eine Sitzung der Vertreter der Koalitionsparteien statt, in der über den Arbeitsplan des Reichstages gesprochen werden wird. Wie verlautet, wird dabei auch über die Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung verhandelt werden. Man sieht daraus, wie eilig es die Rechtssozialisten haben, um den theoretischen Verrat von Görlich in die Praxis umzusetzen.

Die Partei Halb und Halb

Zur Thüringer Regierungsbildung

Die Bildung der Regierung in Thüringen beschäftigt auch die dortigen Kommunisten, bei denen Stimmen laut werden, der sozialistischen Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten. Es wäre erfreulich, wenn diese besonnenen Elemente sich durchsetzen, um die Thüringer Genossen vor der Hölle einer reinbürgerlichen Regierung zu bewahren, zumal doch die Möglichkeit besteht, ein sozialistische Regierung zu halten. In diesem Zusammenhang verdient die Äußerung des Kommunisten Hauptmann auf dem Chemnitzer Bezirks-Parteitag festgehalten zu werden:

„Die Fraktion soll sich schwer hüten, die sozialistische Regierung zu beseitigen. Nur wenn draußen im Lande der Kampf der Massen entbrenne, könne die Regierung gestürzt werden. Die Kommunisten treiben ja Tag für Tag opportunistische und menschenwürdige Politik, denn wir sagen den Massen ja auch, daß sie höhere Löhne fordern müssen. Das sei aber in ihrer Konsequenz eine konterrevolutionäre Handlung. Denn dadurch wird der Kapitalismus nicht beseitigt. Dabei dürfen wir auch die Steuern nicht ablehnen, nur um die sozialistische Regierung zu kürzen. Das würden die Massen nicht verstehen.“

Eine bemerkenswerte Blüte brachte ein anderer Kommunist, der aus sprach, „die Forderung höherer Löhne sei in ihrer Konsequenz eine konterrevolutionäre Forderung.“ Da die Kommunisten 100prozentige Lohnerhöhungen fordern, läßt sich der Prozentfuß ihrer konterrevolutionären Gesinnung leicht ausrechnen.

Ganz mit Recht stellte ein Dresdener Delegierter fest, daß der Parteitag in Jena die Partei nicht zu größerer Klarheit geführt habe, und ein anderer Redner verzichtete unter allgemeiner Heiterkeit aufs Wort mit der durchschlagenden Begründung, er wolle „das Durcheinander nicht noch größer machen“.

Dieser Delegierte hatte zweifellos die Situation noch nicht klar genug übersehen, denn sonst hätte er sich sagen müssen, daß die herrschende Verwirrung gar keiner Steigerung mehr fähig ist.

Von den weiteren Ausführungen verdient ein Geständnis Thalheimers von der Zentrale hervorgehoben zu werden:

„Solange die U. S. P. D., die S. P. D. und die Gewerkschaften das Vertrauen der Masse haben, sei die Republik gesichert, wenn dieses Vertrauen geschwunden sein wird, werden die Reaktionen ihr Säbelregiment aufrichten.“

Das hinderte Thalheimer allerdings nicht, gleich darauf zu fordern, daß die Massen der U. S. P. D. und der S. P. D. von ihren Führern getrennt werden sollen. Thalheimer scheint also die Errichtung eines reaktionären Säbelregiments nicht unwillkommen zu sein. Der mögliche Gewinn einiger Mitglieder für die U. S. P. D. ist Thalheimer diesen Einfall offenbar wert. Damit ist allerdings die ganze Gefährlichkeit der Kommunisten für die deutsche Arbeiterbewegung aufs sinnfälligste illustriert, und wenn der sächsische kommunistische Parteitag auch den Kommunisten keine Klarheit gegeben hat, so hat er diese Klarheit wenigstens der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber nicht vorzuenthalten: die Klarheit nämlich, daß die Kommunisten mit ihrer Verwirrung die Arbeiter in ihrem Kampf und an ihrem Aufstieg hindern.

Wie die „Rote Fahne“ mitteilt, werden sich die Kommunisten an der Bildung einer sozialistischen Regierung in Thüringen nicht beteiligen. Sie sind bereit, eine solche Regierung stets da zu unterstützen, wo sie proletarische Politik treibt, sie wollen sie auch unterstützen bei der Durchführung des von der U. S. P. D. aufgestellten Mindestprogramms, sich im übrigen aber die volle Freiheit der Kritik wahren.

Die Justizreform

Die Regierungsvorlage in Vorbereitung

Aus dem Reichsjustizministerium wird mitgeteilt, daß noch vor der Durchführung der großen Prozeßreform die erweiterte Mitwirkung von Laien bei der Rechtsprechung der Strafsachen durchgeföhrt werden solle. Aus diesem Grunde seien bereits die Tagessitzungen der Schöffen und Geschworenen erhöht worden. Auch die Mitglieder der Ausschüsse für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen sollen in Zukunft Tagessitzungen erhalten. Ein Gesetz, das den Frauen den Zugang zum Schöffen- und Geschworenenamt eröffnet, liegt bereits dem Reichstage vor. In Vorbereitung befindet sich ein Entwurf, der eine Umformung der Strafsachen bringt. In den Sachen, in denen bisher die ausschließliche mit Berufsrichtern besetzten Strafkammern urteilten, sollen künftig Schöffen mitwirken. Außerdem soll in diesen Sachen die Berufung zugelassen werden und auch die Berufungsgerichte sollen mit Schöffen besetzt werden. Die Mitwirkung des Landgerichts bei der Aufstellung der Jahresliste der Geschworenen soll weglassen; sie soll vielmehr unmittelbar von dem zur Auswahl der Schöffen berufenen Ausschusse aufgestellt werden.

Auf dem Gebiete des materiellen Strafrechts liegen zur Zeit dem Reichstage der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes und der Entwurf eines Gesetzes vor, der eine Erhöhung der Geldstrafrohungen, eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Geldstrafe und im Zusammenhang damit eine wesentliche Einschränkung der kurzzeitigen Freiheitsstrafen vorseht. In der Ausarbeitung begriffen ist ferner ein Entwurf, der die politischen Strafvorschriften des geltenden Strafgesetzbuchs den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen anpaßt. Dabei wird auch auf einen wirksameren Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform und ihrer Repräsentanten Bedacht genommen werden.

Neben diesen Gesetzesentwürfen gehen die Arbeiten an der allgemeinen Reform des Strafrechts weiter. Der im Anfang dieses Jahres veröffentlichte Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch hat Anlaß zu einer Reihe mehr oder minder eingehender Kritiken gegeben; gleichzeitig sind die Landesregierungen ersucht worden, zu den Vorschlägen des Entwurfs Stellung zu nehmen. Die Ergebnisse der öffentlichen Kritik und die Änderungen der Landesregierungen werden die Grundlagen für die Aufstellung der Regierungsvorlage bilden, die mit größter Beschleunigung fertiggestellt werden wird.

Wenn die Vorlagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind, werden wir dazu Stellung nehmen.

Die Arbeiter der thüringischen Metallindustrie sind in den Auslande getreten.

Der Schrei nach Ruhe

Eine Entdeckung des Neuen Volkstheaters

Das Neue Volkstheater hat eine sehr hübsche Entdeckung gemacht: ein Lustspiel von Ben Jonson, der bald 400 Jahre tot ist, ein Konturrent und Bewunderer Shakespeares war und vielleicht seit 200 Jahren nicht mehr gespielt worden ist.

Das Neue Volkstheater hat allerdings nicht ein echtes — das wäre furchtbar —, sondern ein von Benedikt Lachmann bearbeitetes Stück des englischen Hofdichters gespielt. Im Original heißt es „Epicuro“, in der Bearbeitung etwas schwerfällig: „Der Schrei nach Ruhe“. Der Bearbeitung schloß aber ein Nachbearbeiter, der besonders den vierten Akt knapper zu machen hätte.

In der Mitte des Stückes steht ein alter Erbknecht, Morose, der auf seinem Gelde sitzt und nach Ruhe lechzt. Wie die alten Typenfiguren des Lustspiels, dessen Meister Morose ist, besteht auch dieser Morose nur aus einer einzigen Leidenschaft. Von oben bis unten, von hinten bis vorne, von Anfang bis zu Ende hat er keinen anderen Gedanken als den Wunsch nach Ruhe. Wie der eingebildete Kranke von Anfang bis zu Ende eingebildet bleibt, der Lariasse von oben bis unten, von früh bis abends ein Heuchler, ist Morose die leidenschaftliche Furcht vor Lärm, nichts, gar nichts anderes als die Furcht vor Lärm.

Jonson bereicherte durch sein Stück die Galerie menschlicher Typen um ein Original. Freilich ist er ein Jonson und kein Shakespeare. Daher erfahren wir kaum, was den Morose zu einem Lärmfeind gemacht hat. Welche Plut von ergreifenden Weisheiten hätte Shakespeare diesen Lärm- und Menschenfeind sprechen lassen. Freilich glaube man nicht, daß Shakespeare das Lärmhafte ganz überwunden hat. So sehr er zu motivieren weiß, seinem Jagow und seinen anderen Bösewichtern bleibt ein Rest von Typendichtung. Und Schiller? Seine Jünglinge? Sind sie nicht Typen des reinen Egoismus, Wesen mit einer nur für sich bestehenden Leidenschaft, wie sie in der Wirklichkeit nicht sind, zu der zu gehören sie vorgeben? Man lächle also nicht über Jonson!

Wie entsteht nun sein Lustspiel? Indem jene aus Shakespeare uns so wohlbekannte Gesellschaft von Nichtstunern, Edelknechten, reichen Tagelöhnen, Kocklingen, galanten Kittern, gelehrten Narren und der sonstigen Blüte der Nation beider Geschlechter, die Shakespeare und Jonson als herrschende Klasse bedenkenlos hawundern, indem also jene Gesellschaft den armen Morose zum Schein mit einem Frauzimmer verheiratet, das bis zum Augenblick der Trauung (durch einen verheirateten Barbier) das hübsche und sitfamste der Welt ist, kaum aber Frau geworden, Wüßhals, Bredasche, Säufers, Freßers, Streikschanden und Lärmmachers fällt, bis der totgequälte Dattel nur um von seiner Frau die Scheidung vor einem verheirateten Notar zu erlangen, sein ganzes Geld sofort einem Reffen vermachet. Natürlich heiratet der Kesse sofort den Blagegeist des Onkels.

Wie hätte man über das Stück gelacht, wenn Reinhardt es in der Epoche seiner Shakespearelustspiele mit Arnold als dem Ruhe-

jucher, mit Wahnmann und Diegelmann, der Wangel und der Helms in der Gesellschaft der Lärmmacher gegeben hätte. Sechs Monate hätte Berlin Abend für Abend das Haus gefüllt. Heinz Goldberg gab sich große Mühe einem Egoisten ohne Schauspielerei Tempo und Einfälle beizubringen. Es gelang ihm, aber er hätte sein Talent noch mehr bewiesen, wenn er den Expressionismus des Bühnenmalers Max im ersten Akt glatt abgelehnt hätte. Niemals war diese Wildhaftigkeit weniger angebracht als in einem Stück, das vom ersten Wort an Stil und Laune der Zeit haben muß. Sehr hübsch war dagegen das waltierte Zimmer des Lärmsehnen. Die Typen der Lärmmacher waren in Masse und Geste ein Nachklang von Reinhardt, aber gut gesehen. Nur im stummen Diener (Leonhard Stedel) ward eine Rolle erschöpft. Dieses blonde Schafgeschicht, das mit einem ausgestreckten Bein „ja“ nickte, weil es nicht sprechen darf, war, obwohl es keinen Laut von sich gab, die beste Schauspielereistung des Abends. Kolo Liechtenstein hatte Geist und Humor in der Werbungsszene und Fränze Kolo spielte ein Kupplerin so gut und noch besser, als man gewöhnlich eine löbliche Alte von einer jungen Tragödin zu sehen bekommt. Wenn der Ruhefucher von Liebke, Ballenberg oder Güllmorff gespielt würde, wäre es ein Theaterereignis. Vom Volkstheater war das natürlich nicht zu erwarten. Mühte man aber die Rolle Herrn Lion geben, dem dazu nichts weniger als alles, nämlich die Tragikomik fehlt? So blieb zuletzt: Freude an der Entdeckung, getrübt durch die Mittellosigkeit der Entdecker.

Der Richter von Zalamea (Schiller-Theater). In einer Wand im Garderobenraum des Theaters kann man folgenden Spruch lesen: „Von der Schaubühne nur hören die Großen der Welt, was sie nie oder selten hören: Wahrheit, was sie nie oder selten sehen, sehen sie hier, den Menschen.“... Das Volkstheater, das Schiller-Theater, redet in diesem Zitat zu den „Großen der Welt“, soll heißen: zu den Königen, Generälen usw.

Der Große der Welt im Richter von Zalamea ist Philipp II. von Spanien. Er kommt als lebende Gottheit, plötzlich, so recht nach Wunsch des Hofdichters Calderon (geb. 1600) und entscheidet, daß der Bauer Pedro Crespo trotz seiner eigengewaltigen Urteilsvollstreckung im Dorfe Zalamea Richter bleibe. Der König in der Aufführung hat, wie einem Großen dieser Welt zukommt, ein rotes Käschchen und schwenkt zweimal gnädig nach allen Seiten den Hut, ehe er weiter jagend, in die Ferne zieht. Sein Auftritt dauert, gleich ich, drei Minuten.

Die Gesellschaft ist folgende: Spanische Soldateska macht in einem Dorfe Quartier. Der reichste Bauer des Dorfes hat eine wunderliche Tochter, Nabel mit Namen. Der Hauptmann (im Schiller-Theater trägt er den Schmuckbart nach altpanischer Façon „Es ist erreicht“ und rollt die Augen wild und bedeutend, schmuckbar entsprechend) verliebt sich, wie es sich gehört, in die hübsche Nabel, entführt sie mit Hilfe von Freunden und tauft ihr die Mädchen-ehre im romantischen Walde. Der stolze Vater aber wird gerade in diesem Momente zum Richter ernannt. Und er kehrt in sein unglückseliges Haus zurück und richtet den Schurken von Hauptmann, den er zuvor vergeblich ansieht, er möge die Verführte che-

lichen, mit eigener Hand. Der König kommt, macht alles gut und beendet rasch das ziemlich schlechte „Massis“ gewordene Schauspiel.

Eins aber steht fest: Calderon hat in eine Volksfigur, in den Bauern Crespo, seine menschlichen Leiden am Königshofe hineingegossen. Dieser Bauer empfindet, wie ein Mann und nicht wie ein geborener Sklave, die Unverschämtheit und Unhöflichkeit der „Großen der Welt“, die in ihrer Sättigkeit und rüberleitenden Fälle auf Menschen und Dinge wühlwollend und lächelnd hinabbliden. Er läßt dem General, der den Trupp befehligt und ihm, dem Bauer, die Gnade erweist, sein Gast zu sein, Wort mit Wort und Horn mit Horn. Crespo ist die originelle Figur des Stückes, einzig aber nur in seinem tiefen Charakter und nicht in seiner Redart, die den heutigen Zuschauer weder rührt noch befriedigt.

Gespielt wurde gut und leicht provinziell, — außer Gustav Ozi meg, der den Bauernrichter kraftvoll und mit vorzüglichem Verständnis für die tiefere Bedeutung der Figur gab. Clara Neufelds Nabel schrie in ihrer Hauptrolle bereit, daß sie niemand verstehen konnte. Gedacht, gekündet, „he-he“ und „he-he“ zur Unzeit angebracht wurde auf Schritt und Tritt.

Im zweiten Akt unten in der Garderobe ist noch zu lesen: „Die Gerichtsbarkeit der Bühne fängt an, wo das Gebiet der wirklichen Gesetze endigt.“ Auch dieses Zitat paßt nicht wenig zum Stück.

Arno Nabel

Drachlose Musik im Dienste der Wohltätigkeit. Zum Besten der von Hungersnot betroffenen Bewohner des Königreiches wurde am 26. September von der Hauptfunktionäre Königswusterrhausen ein drachloses Konzert veranstaltet. Die Anregung hierzu geht von dem Chef der Radio-Bermaltung der Ukraine aus. Sämtliche Empfangsstellen in der Ukraine sollten hierfür mobil gemacht werden. Man erwartet, daß ein zahlreiches geladenes Publikum an dem Kunstgenuss teilnimmt und daß es gelingen wird, ihn zum Besten der Notleidenden in klingende Münze umzuwandeln.

Tages-Notizen

Großes Schenkschiff. Das Abkommen für die Spielzeit 1921/1922 beginnt heute mit „Die Käuze“.

Keller in der Volkshöhe. In der Volkshöhe (Theater am Wiltonplatz) wird bei der Schauspielerführung von Follers „Kalle Meinh“ am Donnerstag die Senja von Max Dierich, der Nemeside von Ferdinand Wupper gespielt. In wichtigen Rollen sind ferner beschäftigt: Heinz Berner, Josef Wanzl, Hans Halben, Eberhard Alisch, Richard Kerpel, Ferdinand Strohger, die Damen: Johanna Raghauer, Illi Schöberl, Gertha Wolff. Regie: Jürgen Brilling. Bühnenbildner: Hans Strochob. Musik: Heinz Lichten.

Sturmwarnung. Kurt Schmitters bei Wittmach 7½ Uhr im Sturm (Berliner Straße 134) aus eigenen Dichtungen vor, z. a. „Das Verwundungswort“, „Beginn und Vergehen der glücklichen Revolution in Kessen“, „In Frau Klum“.

Die Frau in Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung ist das Heftungsheft, das die entscheidenden Schulreformer in einer öffentlichen Sitzung vom 30. September bis 2. Oktober in Berlin-Dankow behandelt werden. Von den Rednern seien genannt: Hans Ewers, Paul Silber, Heinrich und Frau S. Kaminer, Paula Henningsen, Olga Glog, Wendela und Frau, Ella Kirsch und die bekannte Leiterin der städtischen Schule Cöthen (Hilbert-Langhaus) Franziska Bensch. Die Sitzung ist öffentlich. Karten in Gewandhaus, Kassenhaus, Ernststraße 20; im Landgewandhaus, Sophienstraße 24; im Lindenberghaus, Charlottenstraße 2; in der Bauart-Schule, Köpenicker-Straße 21; bei Frau Prof. Lehmann, Kantow, Köpenickerstraße 11.

Für die Opfer von Oppau!

Folgender Aufruf wird veröffentlicht:

Eine Katastrophe, wie sie in Deutschland noch nicht erlebt wurde, hat in der bayerischen Rheinpfalz Hunderte von Menschenleben vernichtet, Tausende obdachlos gemacht und unermeßliche Wirtschaftsschäden verursacht.

Noch ist zwar die Wirkung des Unglücks in allen seinen Folgen nicht absehbar! Aber eines ist schon jetzt ersichtlich: Hilfsanstrengungen sind notwendig, um ausreichende Hilfe zu bringen. Welt über 1000 Tote und Schwerverwundete sind neben zahlreichen Leichtverletzten ein Opfer der Explosion geworden.

Kann auch den Kindern und Frauen, die das Schicksal zu Waisen und Witwen gemacht hat, der Ernährer nicht wieder gegeben werden, vermag auch keine noch so weitreichende Hilfe den obdachlos Gewordenen ihr altes Heim wiederzugeben, so gilt es doch, in Zusammenfassung aller hilfsbereiten Kräfte Deutschlands Mittel und Wege zu finden, um rasche und möglichst nachhaltige Hilfe zu gewähren.

Ungeheure Summen wird die Wiederherstellung des betroffenen Werkes und seiner Arbeitsfähigkeit im Interesse der deutschen Volkswirtschaft erfordern. Diese Summen aufzubringen, betrachtet das Werk als seine selbstverständliche Aufgabe. Darüber hinaus aber werden große Beträge zur Behebung des außer halb des Werks angerichteten Schadens erforderlich sein. Bereits sind aus öffentlichen und privaten Mitteln umfangreiche Summen zur Verfügung gestellt und Maßnahmen zur einstweiligen dringlichsten Hilfe getroffen. Soll aber volle und nachhaltige Hilfe gebracht werden, so gilt es, weitere große Mittel aufzubringen.

Die Unterzeichneten richten deshalb an das gesamte deutsche Volk in Stadt und Land die Bitte:

Gibt rasch und gebt reichlich für die Opfer des Oppauer Unglücks!

Ueber die eingehenden Beträge verfügt der unterzeichnete Reichshilfsausschuß. Er überweist sie nach Bedarf den öffentlichen Hilfseinrichtungen der betroffenen Länder, in denen alle Beteiligten, auch die Vertreter der Geschädigten, mitarbeiten. Spenden nehmen entgegen: die Reichsbank, sämtliche Banken, Postanstalten sowie die Postkonten Ludwigsplatz Nr. 15 000, Frankfurt a. M. Nr. 55 000 und Berlin Nr. 117 000 (Reichshilfsausschuß für Oppau).

Der Aufruf ist vom Reichspräsidenten, vom Reichskanzler, von einer Reihe von Ministern und von den führenden wirtschaftlichen Organisationen, darunter der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsverband und der Allgemeine freie Angestelltenverband, unterzeichnet.

Geschäftsstelle des Reichshilfsausschusses für Oppau:

Berlin NW 40, Schornhorststraße 35, Zimmer 278. Fernsprecher Norden 2831 ff.

Regierungsvertreter an der Unglücksstelle

Ämtlich wird gemeldet, daß Sonntag nachmittag die Unglücksstätte Oppau durch den Reichspräsidenten Eberl und den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld einer eingehenden Besichtigung unterzogen worden sei. Die beiden Herren empfingen im Werk eine Abordnung des Angestellten- und Arbeiterrates, der sie die weitestgehende Hilfe von Reich und Staat und Gemeinden in Aussicht stellten. Durch die persönliche Besichtigung an Ort und Stelle fanden die Herren die bisherige Schilberungen über den Umfang der Zerstörung und über die Not der Bevölkerung und Arbeiterschaft, von Gemeinde und Werk mehr als bestätigt.

Bei der Besichtigung der Opfer der Katastrophe hielt der Reichspräsident eine Rede, in der er das Beileid des Reichs und den Willen, das Verhängnis wieder aufzubauen, zum Ausdruck brachte. Die französischen Militärbehörden waren durch General de Metz als Beauftragten der Interalliierten Rheinlandkommission und General Dangand als Beauftragten des Militärbefehlshabers Generals Degoutte vertreten, die beide in vor Beginn der eigentlichen Trauerfeier an den Reichspräsidenten und den bayerischen Ministerpräsidenten gerichteten Ansprachen in warmen Worten ihre Teilnahme zum Ausdruck brachten und Kränze niederlegten. Der Reichspräsident erwiderte ihnen mit Worten des Dankes. Es berührte wohlthuend, daß am Grabe der Opfer dieser Katastrophe das menschliche Gefühl sich über die Landesgrenzen hinwegsetzt. In gleicher Weise dankte der bayerische Ministerpräsident. Bei der Trauerfeier hielten sodann Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, der Arbeiterschaft und der Direktion des Werkes, der bayerische Staatspräsident, der Präsident des bayerischen Landtages, der Regierungspräsident der Pfalz und der Oberbürgermeister von Mannheim Ansprachen. Die von Musik und Gesang eingeleitete und geschlossene Feier verlief würdig und eindrucksvoll.

Ueber die Ursachen der Katastrophe

II. Ludwigshafen, 26. September.

Bei der Trauerfeier in Oppau sprach im Namen der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik Dr. B. B. B., der Begründer der Oppauer Fabrik. Er führte aus, daß er es für seine Pflicht halte, bei dieser Trauerfeier Mitteilung über die Ursachen der Katastrophe zu geben. Zunächst gab er eine kurze Schilderung von den mangelhaften und gefährlichen Untersuchungen, die schon lange vor dem Kriege in der Stickstoff-Fabrikation ausgeführt worden sind. Die wirtschaftliche Not, die schlechte Ernährung, die der Krieg dem deutschen Volke brachte, haben unerhört zum weiteren Ausbau der Industrie gezwungen. Man sei sich darüber klar gewesen, daß diese Industrie Gefahren für die Arbeiterschaft birge. Aber die Chemiker der Fabrik hätten immer ihre Pflichten genauestens erfüllt, keine Vorsichtsmaßregel außer acht gelassen, und auch im vorliegenden Falle treffe die Direktion keine Schuld. Eine neue unbekannte Naturkraft habe alle bisherigen Bemühungen zunichte gemacht, und mit Schrecken habe man erkennen müssen, daß der Stoff, der bestimmt war, die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen, sich plötzlich als grimmiger Feind erwiesen habe. Seine Rede schloß Dr. B. B. B. mit dem Versprechen, daß die Direktion der Anilinfabrik alles tun werde, um die Not von den bedauernswerten Witwen und Waisen fernzuhalten und den Toten ein ehrendes Gedenken zu bewahren.

Aus diesen Ausführungen geht über die wirklichen Ursachen der Katastrophe nicht viel hervor. In der Arbeiterschaft teilt man die Meinung der Direktion nicht, daß sie alles getan habe, um die Gefahren zu verhüten. Jedenfalls muß man weiter verlangen, daß von unparteiischer Seite die Ursachen der Katastrophe festgestellt werden; die Ausführungen des Unternehmervertreters haben noch keine Beweiskraft.

Die Opferwilligkeit der Kapitalisten

Die „Tägliche Rundschau“ hatte in einem Artikel behauptet, daß die Bereitwilligkeit der Industriellen zur freiwilligen Herabgabe von Dividenden ihrer eigenen Initiativen entsprungen sei. Diese Behauptung ist, wie jetzt mitgeteilt wird, in vollem Umfange unzutreffend. Die Beratungen über diese Frage sind auf Einladung des Reichskanzlers erfolgt. Die Industriellen haben nicht daran gedacht, von sich aus etwas gegen die Notlage des Reichs zu unternehmen. Auch die Behauptung der „Täg-

lichen Rundschau“, daß die Beratungen durch eine Indiskretion des Kanzlers bekannt geworden sei, ist eine Unwahrheit. Die erste Nachricht darüber ist von industrieller Seite herausgebracht worden. Die deutschen Kapitalisten haben bekanntlich sofort bei den Beratungen politische Forderungen aufgestellt und es ist bezeichnend für ihren „vaterländischen Geist“, daß eines ihrer Hauptorgane jetzt aus dieser Frage dem Reichskanzler einen Strich drehen möchte.

Eine neue Einrichtung der SPD.

Die Sozialdemokratische Partei beabsichtigt, wie auf ihrem Parteitag mitgeteilt wurde, ein Institut für sozialdemokratische Forschungen, etwa nach Art der englischen Fabier-Gesellschaft oder der deutschen Goerres-Gesellschaft, ins Leben zu rufen. Die vorbereitenden Arbeiten liegen in den Händen von Eduard Bernstein, Adolf Roemer, Professor Radbruch und Heinrich Schulz.

Es ist gut, daß das neue Institut sich nur mit „sozialdemokratischen Forschungen“ und nicht etwa mit sozialistischen oder soziallogischen Dingen beschäftigen will. Damit ist von vornherein festgestellt, daß es sich hierbei nicht um eine Einrichtung handelt, die nach wissenschaftlichen, unvoreingenommenen Methoden arbeiten will, sondern lediglich um eine neue Erweiterung des Parteiapparats. Welche Tendenz es verfolgen soll, geht auch aus der Verfassung auf die englische Fabier-Gesellschaft und die deutsche Goerres-Gesellschaft hervor. Die eine ist eine Vereinigung von Ideologen, die auf jede unmittelbare politische Wirksamkeit verzichten; die andere ist eine katholische Vereinigung, die die neueren wissenschaftlichen Ergebnisse, die eigentlich gegen die katholische Lehre sprechen, in den Dienst des Klerikalismus zu stellen sucht.

Das Institut für sozialdemokratische Forschungen würde danach also den Zweck haben, die Politik der rechtssozialistischen Partei sozialwissenschaftlich zu begründen und die Lehren der Altmeister des Sozialismus in ihren Rahmen zu pressen.

Verschiebung der Begegnung Soudeur-Kathenan. Der „Matin“ meldet, daß die für Montag vorgesehene Begegnung zwischen Soudeur und Kathenan noch in letzter Stunde eine Verzögerung erfahren mußte und nun wahrscheinlich am 1. und 2. Oktober stattfinden wird. — Die Reparationskommission wird vom Dienstag ab in Volltungen das Wiesbadener Abkommen prüfen.

Städtische Wohnraumbeschaffung

P. K. In Hausbesitzer- und Bauunternehmerkreisen fordert man, neuerdings mit besonderem Nachdruck, den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und der Mietenpolizei. Viele Bestrebungen werden indirekt unterstützt von jenen Wohnungsleuten, die, aus oft verweigerter Notlage heraus, sich zur Umgehung der über Wohnungsbeschaffung und Mietpreisbildung geltenden Bestimmungen verhalten lassen.

Über nicht nur aus dem Verhalten der Wohnungslosen erwachsen den mit der Durchführung der Wohnungszwangswirtschaft betrauten Wohnungsämtern Schwierigkeiten. Allen Ernstes trägt man sich in leitenden Verwaltungskreisen mit dem Gedanken, die technische, auf Wohnraumbeschaffung gerichtete Tätigkeit der Wohnungsämter durch Zuweisung der Bauarbeiten an die Hochbauämter zu vermindern. Die Bauämter der Wohnungsämter befehle jedoch fast durchweg in der Befreiung großer Wohnungsmängel und in der Abtrennung beschlagnahmter Räume, sie muß also im Zusammenhang mit der durch die Beschlagnahme erfolgten Raumerfassung mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Bei Zuweisung dieser Bauarbeiten an die Hochbauämter hätte nicht wie bisher eine, sondern noch eine zweite Dienststelle die Aufgabe der Wohnraumbeschaffung zu erfüllen. Vermehrung des Bureaustaffens und Verminderung des Ruhestandes, der Raumbeschaffung wären unabweisliche Folgen, die im Interesse der Allgemeinheit unbedingt vermieden werden müssen.

Großfeuer in Friedrichshagen

Ein gewaltiges, weithin sichtbares Feuer brach gestern abend auf dem Sägewerk der Kadelwerke Oberpreze in der Seefrucht zu Friedrichshagen aus. Kurz vor neun Uhr abends stand das Scheithaus des Werkes plötzlich in hellen Flammen und Flammengarben setzten die zahlreichen Holzporräte in Brand. Neben der Ortswehr eilten auch die Wehren der umliegenden Dörfer herbei. Die Löscharbeiten gestalteten sich infolge der Hitze und Rauchentwicklung außerordentlich schwierig und richteten sich in der Hauptsache auf den Schutz der angrenzenden Holzlagerplätze und Wohnhäuser. Den vereinten Bemühungen der zahlreichen Löschmannschaften gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Das Sägewerk selbst brannte aus. Das Feuer war in Berlin ganz deutlich zu beobachten. Am Südost-Himmel zeichnete sich der Feuerchein deutlich ab. Auch von Tempelhof aus konnte man das Feuer deutlich wahrnehmen.

Schwere Leuchtgas-Explosion

Der 41 Jahre alte Heizer Karl Schulz bezog kürzlich im Seitenflügel des Hauses Sedansstr. 2 in Niederschöneweide eine Wohnung. Als er gestern abend gegen 9 Uhr heimkehrte, bemerkte er nach Öffnung der Korridortür starken Gasgeruch.

Anstatt nun Türen und Fenster zu öffnen, leuchtete er mit Streichhölzern die Gasleitungen ab. Da er auf dem Korridor keinen Schaden entdecken konnte, klopfte er die Wohnungstür auf. Im selben Augenblick entzündeten sich die in dem Wohnzimmer vorhandenen Mengen Gas an der Flamme des Streichholzes, das er in der Hand hielt. Unter lautem Knall erfolgte eine heftige Explosion. Von den anwesenden Personen erlitten Schulz und sein einjähriger Sohn Franz schwere Verletzungen. Mit leichteren Verletzungen kamen davon seine Ehefrau Emma und ihr neunjähriger Sohn Erich, ferner die Schwägerin des Wohnungsinhabers Witwe Maria Schulz aus der Westendstr. 27, deren drei Kinder, der vierjährige Walter, die achtjährige Elise und die 11jährige Frieda, und ein Freund der Familie, der Arbeiter Jopp aus der Westendstr. 28. Die Feuerwehr leitete die erste Hilfe und schaffte sämtliche Verletzten nach dem Elisabeth-Hospital in Oberschöneweide. In der Wohnung waren sämtliche Fenstererdboden in Trümmer gegangen, die Tapeten verbrannt, die Möbel beschädigt, und die Zimmerdecke wies starke Risse auf.

Bemerkenswert ist, daß die Gasleitung erst am Tage zuvor von der Gasinspektion geprüft, aber keine schadhafte Stelle gefunden worden war.

Genosse Karl Plüke f. Der Besten einer ist von uns gegangen. Am 24. d. M., seinem Geburtstag, ist plötzlich Genosse Karl Plüke f., Schmarzendorf, Kunststake, verschieden. Jahrzehntelang Kassierer im 9. Verwaltungsbereich, hat er sich bis zu seinem Tod als Abteilungsleiter in hervorragender Weise um unsere Sache verdient gemacht. Treu wie er war, wird der Bezirk ihm die Treue über das Grab hinaus bewahren. Die Beisetzung findet Dienstag, den 27., um 4 Uhr nachmittags, von der Leichenhalle des Schmarzendorfer Kirchhofes, Schmarzendorf, Breite, Ecke Kirchstraße, statt. Die Genossen versammeln sich um 3 Uhr zwecks gemeinsamer Teilnahme an der Trauerfeier im „Wilden Eber“, Schmarzendorf, Warnemünder Straße.

Die gestrigen Auto-Rennen wiesen bei gutem Wetter einen sehr starken Besuch auf. Auf ihre Kosten kamen die zur „A. u. S.“ hinausgestromten Massen aber nicht. Die ganze Anlage ist die einen guten Übungsstraße, aber eine gute Rennstraße ist sie nicht. Vor allem bietet sie nur eine sehr mangelhafte

Uebersicht. Die gefährlichen Rennen enttäuschten gleichfalls. Zufrieden mit dem Ergebnis des Tages waren — außer den Veranstalter — nur die Taschendiebe, die heute über Beute machten, teils auf der Rennbahn selbst, teils in den überfüllten Verkehrsmitteln. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Der Maulkorbzwang für Hunde ist durch Verordnung des Polizeipräsidenten nunmehr auf den gesamten Bezirk der neuen Stadtgemeinde Berlin ausgedehnt worden. Er gilt daher fortan auch in den Stadtteilen, wo bisher noch Maulkorbfreiheit bestand. Der Maulkorb muß so eingerichtet sein, daß er das Bellen unmöglich macht. Nur Blindenführerhunde und Polizeihunde im Dienst sind vom Maulkorbzwang befreit.

Die Schießerei am Wedding. Die Vorgänge vor dem Hause Köhler Str. 1, bei denen in der Nacht zum Sonnabend der Arbeiter Paul Hensel erschossen und ein zweiter Arbeiter W. Keindl lebensgefährlich verletzt wurde, sind noch nicht aufgeklärt. Der letztere weiß nur, daß alle Beteiligten vorher in einer Gastwirtschaft in der Weddingstr. 9 waren und hier im Lauf einer starken Beherde ein Wirtsgesetz ausbrach. Die Kriminalpolizei hat jetzt eine Vernehmung von 3000 Mark für die Ermittlung des Mannes ausgelegt, der die Schüsse abgegeben hat. Zweckdienliche Vernehmungen sind an die Kriminalpolizei, Zimmer 135, im Präsidium zu machen.

Der Herr Stinnes-Direktor. Einen großangelegten Schwindel betrieb mit Hilfe seines Bruders Willy ein 25 Jahre alter Kaufmann Karl Baumgartner aus der Pringsengartenstraße. Er spielte, obwohl er mit Stinnes nicht das allgeringste zu tun hat, den Direktor des Stinnes-Konzerns und ließ in geeigneten Kreisen verbreiten, daß er es auf Grund seiner Stellung in der Hand habe, an der Börse die Kurse nach Belieben steigen und fallen zu lassen. Einem loyalfinanzgewaltigen Manne, der zudem eine große hochgelegene Wohnung sein eigen nannte, obwohl er davon nur ein einziges Zimmer gemietet hatte, und der stets in der feinsten Kleidung erschien und in den besten Wirtschaften verkehrte, schenkte viele Leute unbegrenztes Vertrauen. Man brachte dem hochmögenden Manne Einzelbeträge von 40 000, 50 000 Mark und mehr. Eines Tages war der Herr Direktor verschunden. Der Herr Direktor hatte, ganz nach dem Muster der Köhn und Klante, fällige Schulden lediglich aus neuen Einlagen gedeckt. Die Polizei entdeckte den Verschwindenden gestern in der Wohnung seines Bruders und nahm ihn mit diesem fest. Die Geschädigten, die sich bis jetzt meldeten, haben zusammen eine halbe Million Mark eingezahlt.

Konsumgenossenschaft. Die Einladung zur Generalversammlung im heutigen Anzeigenenteil wird der Beachtung der Genossenschaftler empfohlen.

Verloren. Eine Betriebskassiererin hat am Donnerstag, den 22. September, früh, im Zuge der Ringbahn, um 6.15 Uhr, in Gesundbrunnen entführt, 27 Metallbüchsen des deutschen Tabakarbeiterverbandes liegen lassen. Der Finder wird gebeten, die Büchsen im Bureau des genannten Verbandes, Berlin C., Drogonerstr. 6a, abzugeben.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Dienstag. Zeilweise heiter, aber ziemlich kühl und veränderlich, mit wiederholten leichten Regenschauern und schwachen nordwestlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Tariffreit im Versicherungsgewerbe

Das Reichsarbeitsministerium hatte bekanntlich die Parteien zum 24. September zwecks Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium zusammengeführt. Herr Oberregierungsrat Dr. Casar führte den Vorsitz. Nachdem über den gesamten Tarifstreit mehrere Stunden im Plenum verhandelt wurde, wurden die Spezialfragen in einer Kommission beraten. Nach nicht längigen Beratungen machte der Vorsitzende folgenden Beschlusseschlus: I. Der Inhalt des Schiedsspruches vom 9. September 1921 geht in den Vergleich über mit der Maßgabe, 1. daß er nur bis zum 31. Oktober 1921 Geltung hat, und daß 2. die weiblichen Angestellten über 20 Jahre in demselben Umfange wie die männlichen Angestellten die jährliche Zulage von 500 M. erhalten. II. Die Verhandlungen über die Zulagen vom 1. November 1921 ab werden von den Parteien spätestens am 20. Oktober 1921 ausgenommen. III. Der Vergleich gilt als abgeschlossen, wenn die Annahmeerklärungen nicht bis zum 30. September 1921, nachmittags 1 Uhr, dem Reichsarbeitsministerium eingegangen sind.

Deutscher Musiker-Verband

Die Berufsunion der Gruppe III (Freistehende Musiker) des 10. Bezirks beschloß sich eingehend mit den neu zu schaffenden Gesetzen (Schlichtungsordnung, Arbeitsvertragsgesetz, Regelung der Arbeitszeit, Arbeitsnachweisgesetz ujm.) und nahm entsprechende Änderungsanträge an. Bezüglich der Konkurrenz wurde eine Entschliebung angenommen, in der die Notlage der freistehenden Musiker, die von Tag zu Tag größer wird, festgestellt wird. Die Resolution wendet sich gegen die nebenberufliche Musikertätigkeit aller Dilettantenvereine, die Tarifunterbezahlung betreiben und die Tarife und den Arbeitsvertrag verletzen. Der Hauptvorstand des Deutschen Musiker-Verbandes wurde beauftragt, durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund dahin zu wirken, daß bei Schaffung des Arbeits- und Arbeitsnachweisgesetzes auch der Musikerberuf den unbedingt notwendigen Schutz erhält.

Lohnbewegung der Spiritusarbeiter. Die in den Reichsmonopolverwertungsstellen für Branntwein beschäftigten Arbeitnehmer haben das Lohnabkommen zum 6. September gekündigt. Eine Verhandlung mit der Organisationsleitung der Lohnkommission mit der Tarifkommission des Arbeitgeberverbandes der Getränkeindustrie kam zu folgendem Ergebnis: Es erhalten ab 2. September 1921: Angelernte Arbeiter, z. B. aus Lager- und Holzarbeiter, Wächter, Portiers, Stalkente, 370 M., Aufsicher 370 M., Handwerker aller Art, einchl. Malchinger, Heizer, Apparateführer und Anfahrwagenführer 380 M., Arbeiterinnen 270 M. Außerdem wurden noch für das Lorenzpersonal die Lorenzgelde erhöht. Mit diesem Vorschlag beschloß sich eine am 23. September einberufene Spiritusarbeiterversammlung und nahm das Angebot der Arbeitgeber nach längerer Diskussion mit großer Mehrheit an. Dieses Abkommen gilt bis zum 31. Dezember 1921 und ist erstmalig am 30. November 1921 kündbar.

Kassengruppe Einzelhandel. Der alte Tarif des Einzelhandels, welcher am 1. Mai rückwirkend ab 1. April 1921 abgeschlossen wurde, ist inzwischen durch das Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. April 1921. Dadurch haben auch die Angestellten des Berliner Einzelhandels (mit Ausnahme des Beleuchtungs-Einzelhandels), deren Arbeitgeber nicht dem Arbeitgeberverband angehören, Anspruch auf tarifliche Bezahlung. Einmalige Nachforderungen sind anzumelden im Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7-10, Fachgruppe Einzelhandel.

Schiedsspruch im Kohlenbergbau. In dem Lohnstreit in den Randrevieren des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus hat der Reichsarbeitsminister gebildet Schlichtungsausschuß am 15. September 1921 einen Schiedsspruch gefällt, wonach vom 1. September ab der Lohn für die Schichtlöhne um 6,50 Mark und für die Eingangsarbeiter um 5,00 Mark je Schicht erhöht wird. Eine Erklärung der Parteien über die Annahme des Schiedsspruches liegt noch nicht vor.

Gläser. Dienstag früh alle arbeitslosen Kollegen auf dem Radweg erscheinen. Es werden 40 Kollegen nach Ludwigshafen verlangt. Die Ortsverwaltung.

Jugendbewegung

Die Jugendbewegung in der Provinz, 7. Abt. Dienstag Jungmännerversammlung, 7 Uhr, bei Wittich, Petersburger Str. 5.

Page und die Jugend - Abends, Jugendheim, Hasenheide, 14. Dienstag. - Besprechungen, Jugendheim, Hasenheide, 14.16. Donnerstag, Sonnabend.

Parteiveranstaltungen

Montag, 28. September 12. Vermittlungsstelle (Städt. Elben, Richterstraße, Danforth). Abends 7 1/2 Uhr.

Bereinsfahender

Montag, 26. September 1. Band der technischen Angelegenheiten und Beamten. Schloßstein und Gedächtnisfabrik.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater Die lange Jule Neues Volkstheater Der Schrei nach Ruhe Staats-Theater. Opernhaus Das König der Rheinischen Kalligraphen.

Casino-Theater

Erzellenz Mage Sonntag 3 1/2 Uhr: Mittelstark Theater a. Kottbus, Tor Tel. 1. Moritzplatz 10077.

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgeg.

Einladung Mittwoch, den 26. Oktober 1921, abends 6 1/2 Uhr, 'Neue Welt', Hasenheide 108-114 General-Versammlung

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Dienstag, den 27. September, abends 5 1/2 Uhr Außerordentliche Generalversammlung im kl. Saal der 'Neuen Welt', Hasenheide 108-114

Rauchtabak Pfund 18 Mark Goldtabak 20 M. Schmalz, Kaviar 22 M.

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Ortsverwaltung Berlin. Am Dienstag, den 27. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, im 'Gewerkschaftshaus'.

Soeben erschien in zweiter unveränderter Auflage Nr. 47/48 der Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz

N. LENIN

Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Rußlands Inhalt: Einleitung / Ueber Naturalsteuer, freien Handel und Konzessionen / Politische Ergebnisse und Schlussfolgerungen / Schluss 71 Seiten Preis Mark 1.00

Soeben erschien Nr. 52 der Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz: A. WINOKUROW DIE SOZIALE FÜRSORGE IN SOWJET-RUSSLAND Inhalt: Bis zur Oktoberrevolution / Nach der Oktoberrevolution: Die soziale Fürsorge für die Werktätigen und die Militärs.

Soeben erschien: Nr. 49/50 Soeben erschien: der Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz A. BUBNOW Die Hauptmomente in der Entwicklung der Kommunistischen Partei Rußlands

Ausspannen! Der Unterzeichnete bestell hiermit vom 1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung 'Freiheit' Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands.

Möbel jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequem. Anzahlung Möbelhaus Andreasstraße 28

Anfang Oktober gelangt zur Ausgabe der unabhängig-sozialistische Familienkalender Volksfreund Preis des gut ausgestatteten Buches 3.- Mark.

Kleine Anzeigen Verkäufe Grünau. Grünau. Herren-Anzüge nach Maß von 160.- an. Blau-Anzüge 900.- an.